

Verwaltungsgericht Mainz

3. Kammer
Die Vorsitzende



Verwaltungsgericht Mainz, Postfach 4106, 55031 Mainz

Kreisverwaltung
Georg-Rückert-Straße 11
55218 Ingelheim
per elektronischer Kommunikation

Gegen Empfangsbekenntnis

Ihr Zeichen
KRA 10/09

Aktenzeichen (Bitte stets angeben)
3 K 764/09.MZ

Durchwahl
8780

Datum
10. August 2009

Verwaltungsrechtsstreit

Aldi GmbH & Co. KG ./ Landkreis Mainz-Bingen
wegen Bauvorbescheids


Sehr geehrte Damen und Herren,

die am 10. August 2009 bei Gericht eingegangene Klageschrift wird Ihnen hiermit gegen Empfangsbekenntnis zugestellt; es wird gebeten, das mit dem Eingangsdatum versehene und unterschriebene Empfangsbekenntnis alsbald an das Gericht zurückzusenden. Die Sache wird unter dem oben angegebenen Aktenzeichen geführt, um dessen Angabe bei allen Schriftsätzen und Eingaben gebeten wird.

Eine Stellungnahme zur Klage ist erst nach Erhalt der Klagebegründung erforderlich.

Sie werden jedoch **gebeten, schon jetzt umgehend** die einschlägigen Verwaltungsakten (einschließlich der Widerspruchsakten, soweit sie Ihnen vorliegen) dem Gericht zuzuleiten.

Die Akten sind **im Original**, auf ihre Vollständigkeit überprüft, nach der zeitlichen Reihenfolge geordnet und geheftet sowie mit fortlaufenden Blattzahlen versehen, vorzulegen. Die Pflicht zur Aktenvorlage ergibt sich aus § 99 VwGO. Die dem Gericht vorgelegten Akten können nach § 100 VwGO von den Beteiligten eingesehen werden.

Nach Zugang der Klagebegründung werden Sie zur Klageerwidlung aufgefordert werden. Auf Wunsch stehen Ihnen die Akten zur Fertigung der Stellungnahme gegen Rückgabe  wieder zur Verfügung.

Kommunikation:
Telefon 06131 141-0
Telefax 06131 141-8500
E-Mail: gbk.vgmz@vgmz.jm.rlp.de
Internet: www.vgmz.justiz.rlp.de

Hausanschrift:
Ernst-Ludwig-Straße 9
55116 Mainz

Kernarbeitszeit:
09:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr
Freitag: 09:00 - 13:00 Uhr

Parkplatz
Schlossplatz

Sämtliche Schriftsätze und Eingaben sind in **1-facher** Ausfertigung einzureichen.

Eine Ausfertigung des vorläufigen Streitwertbeschlusses ist zur Kenntnisnahme beigelegt.

Mit den Verwaltungsakten sind vorweg der Bebauungsplan und die Planentstehungsakte zur Akteneinsicht vorzulegen. Dies möge im elektronischen Rechtsverkehr erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Faber-Kleinknecht
Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht

Beglaubigt

(Gruzlewski)
Justizbeschäftigte